

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen

GE W 159

Zeitung für Lehrerinnen und Lehrer in Gelsenkirchen und Gladbeck Januar 2015



Das Freihandelsabkommen TTIP...

...seine Folgen für Bildungsbereich und Beschäftigte (Seite 3)

Foto: Chronic Attac Deutschland

Tarifticker - Tarifticker

Tarifverhandlungen stehen bevor. Es wird über LEGO verhandelt und über Gehaltserhöhungen. Ohne Arbeitskampf wird es wohl nichts werden. Unser Streikbüro ist auf Urabstimmung und Streik eingerichtet. Wir rechnen mit der Streikbereitschaft aller Angestellten und mit der Solidarität aller Beamten. Der Stadtverband wird Euch, die Schulen und die Öffentlichkeit zeitnah unterrichten.

Mrosek

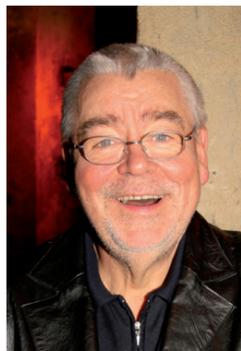
Tarifticker - Tarifticker

Einladung

zur Jahreshauptversammlung mit Grünkohlessen
am Freitag, dem 27. Februar 2015 um 18:00 Uhr

Ort: DGB-Haus-der Jugend Gabelsbergstraße 12, 45879 Gelsenkirchen

Thema: Arbeitsbericht, Wahlen, TTIP/CETA, Streik



Auf ein Wort!

Nu(h)r mal so ! Also die Sache mit der Islamophobie.

In der öffentlichen Diskussion über den Islam, speziell in der politisch korrekten, wird der Eindruck erweckt, die sogenannte Islamophobie sei das Problem. Aber sind nicht eher Sätze wie die gebetsmühlenartig abgespulte These "Das hat nichts mit dem Islam zu tun." das Problem? Angesichts dessen, was zurzeit im Namen dieser Religion geschieht, sind diese Sorgen berechtigt.

Es ist doch wohl keine Religion davon ausgenommen, dass sie auch Ausgangspunkt für Negatives sein kann. Im Namen Gottes wurden und werden wohl in allen Religionen sowohl gute als auch weniger gute Taten vollbracht. Man denke nur an die Bibel, die Nächstenliebe gebietet, aber Sklaverei toleriert hat. Im Vatikan sieht es nicht anders aus. Der eine Papst arrangierte sich mit dem Nationalsozialismus, der andere förderte den Zusammenbruch des Kommunismus.

Auch Terror gab und gibt es in irgendeiner Form in beinahe allen Religionen. Es gab christlichen Terror wie zu Zeiten der Kreuzzüge, und es gab jüdischen Terror wie durch die Untergrundorganisation Irgun zur Zeit der israelischen Staatsgründung. Es gibt – man mag es kaum glauben – buddhistischen Terror in Myanmar gegenüber der islamischen Minderheit, und es gibt hinduistischen Terror, wie etwa in Form des Massenmordes an Muslimen 2002 im indischen Gujarat.

Aber es gibt nur eine Religion, die – glaubt man ihren Apologeten – keine Kehrseite hat: der Islam.

"Das hat nichts mit dem Islam zu tun." Was für ein angenehmer Schutzschild. Es ist dieser Reflex, alles von sich zu schieben, der einen vernünftigen Diskurs über mögliche Gefahren, die vom Islam ausgehen, unmöglich macht. Stattdessen beschneigt man allen, die die konservativen und radikalen Auswüchse des Islam kritisieren, an einer schweren Form von "Islamophobie" zu leiden. Das heißt, man unterstellt ihnen eine Phobie, also eine psychische Erkrankung. Der Begriff der Islamophobie ist ein Kampfbegriff, den man nicht verwenden sollte.

Ist es wirklich islamophob, die Verbrechen, die im Namen des Islam geschehen zu benennen und zu kritisieren, ohne jedes Mal auf die friedliche Mehrheit der Muslime zu verweisen? Genauso wenig muss man Muslimen applaudieren, wenn sie sich an das Grundgesetz halten. Das sollte in unserem Land doch wohl schlichtweg eine Selbstverständlichkeit sein.

Es muss in einer modernen Gesellschaft ohne Einschränkung erlaubt sein, Ideen und Ideologien schlecht zu finden und zu kritisieren. Ob Kommunismus oder Kapitalismus, Vegetarismus oder Feminismus oder Genderismus, ob Christentum oder eben auch den Islam. Hunderte von Jahren gingen unsere Vorfahren sprichwörtlich durch die Hölle, damit wir heute dieses Recht der freien Meinungsäußerung genießen. Und nun sollen wir es revidieren?

Weil Muslime sich beleidigt fühlen?

Wenn man bedenkt, dass in diesen Tagen nur von jenen, die

permanent als "islamophob" gebrandmarkt werden, echte und ernst zu nehmende Kritik kommt, dann muss man geradezu islamophob sein. Wenn profunde Kritiker wie der Politologe Hamed Abdel-Samad, die Soziologin Necla Kelek, die Politikerin Ayaan Hirsi Ali, der Neurowissenschaftler Sam Harris allesamt "islamophob" sein sollen, wie ihnen gerne unterstellt wird, dann waren Aufklärer wie Voltaire, Bertrand Russell und Sigmund Freud allesamt "christophob".

Unter vielen Muslimen herrscht die Überzeugung, der Islam selbst sei perfekt, nur einzelne Muslime seien es manchmal nicht. Wenn aber negative Erscheinungen wie Terroranschläge, Ehrenmorde, Genitalverstümmelungen, Zwangsehen und das Kalifat des IS alle nichts mit dem sonst so perfekten Islam zu tun haben, dann hat auch jede Niederlage von Pep Guardiolas Fußballmannschaft nichts mit dem sonst so perfekten FC Bayern München zu tun.

Wenn man überall eine künstliche Trennlinie ziehen würde wie zwischen Islam und Islamismus, und alles, was schlecht ist, "nichts mit dem Islam zu tun hat", käme man zu höchst interessanten Ergebnissen. Dann hätte die "globale Erderwärmung" nichts mit dem Klimawandel zu tun, die Wirtschaftskrise nichts mit dem Kapitalismus und die Linke nichts mit dem Sozialismus.

Zu sagen: Der gute Islam bedeutet Frieden, einen schlechten Islam gibt es hingegen nicht, entlarvt die Islamvertreter und Islamversther als Blender und Täuscher. Solange die islamische Welt unentschlossen, uneindeutig und abwartend gegenüber radikalen Tendenzen vorgeht, solange sie nicht zugeben will, dass der Islam auch eine kriegerisch-politische Seite hat, so lange ist es ein gesamtislamisches Problem. So lange darf man auch Islam und Islamismus vermischen. Oder um es mit den Worten Aiman Mazyeks zu sagen: Mit "Islamophobie" hat das alles nichts zu tun.

Ich nenne es Aufklärung!

Karl-Heinz Mrosek

Inhalt	
Auf ein Wort / Inhalt	2
Das Freihandelsabkommen TTIP seine Folgen für Bildungsbereich und Beschäftigte.	3-8
Einladung zur Jahreshauptversammlung, Steuersparen Bewirtungskosten als Werbungskosten, Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2014	9
Wahlausschreiben	10
Vertrauensperson für Menschen mit Behinderung, Schwerbehindertenvertretung Hauptschulen in GE, Leserbrief	11
Buchbesprechung, GEW begrüßt die Veranstaltung mit dem Bildungsforum Ruhr, Islamunterricht	12
Ein hervorragender ägyptischer Vorschlag, Das Orakel von Osnabrück, SI statt IS	13
Bildungspolitik in NRW, Gewerkschaftliche Fachtagung Friedenspolitik, Buchbesprechung	14
Gewerkschaften zur Energiewende, GEW: „Eingriffe ins Streikrecht programmiert Verfassungskonforme Lösung nicht in Sicht“	15
Jubilarehrung am 14.11.2014 im Consol Theater	16

Das Freihandelsabkommen TTIP seine Folgen für Bildungsbereich und Beschäftigte

1. Einleitung

Die Begriffe ‚Freiheit‘ und ‚frei‘ gehören mit Sicherheit zu den meist missbrauchten Begriffen der Gegenwart. Wenn die Begriffe benutzt werden, muss man hinterfragen:

Freiheit von wem? Frei sein von was? Freiheit wofür?

Diese Fragestellung sollte, wenn man sich mit dem Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) beschäftigt, eine wichtige Rolle spielen. Obwohl die Internetplattform TTIP-Leak erste Einblicke verleiht, ist die Informationslage zum TTIP aufgrund der Geheimverhandlungen schlecht. Vor allem deshalb muss der Frage nachgegangen werden, was Freihandel überhaupt will und ob die positiven Versprechungen der Lobbyisten für Wachstum, Preise und Beschäftigung glaubwürdig sind. In die gleiche Richtung wie TTIP geht das Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), welches zwischen Kanada und der EU abgeschlossen werden soll. Würde TTIP verhindert, CETA aber nicht, käme TTIP durch die Hintertür. Der Einfachheit halber wird nur vom TTIP gesprochen.

2. Was ist eigentlich Freihandel?

Grundbestandteil des Freihandels ist der freie Warenverkehr. Er ist als Gegenbewegung zum Protektionismus zu verstehen, der nach dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft 1929 dieselbe bestimmte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Europa wieder liberalisiert. Europa sollte wieder als wichtigster Handelspartner der USA ökonomisch handlungsfähig werden.

Es gibt bereits mehrere Freihandelsabkommen, von denen das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) das bekannteste ist. Es geht um einen unbeschränkten Warenhandel durch

- Abbau von Zöllen
- Verhinderung der mengenmäßigen Beschränkung von Warenimporten
- Keine Beschränkungen durch nichttarifäre Regelungen (Umweltregeln, soziale Standards, Namensrechte, Regeln für Finanzmärkte, Arbeitnehmerschutz

TTIP wird einen Schritt weiter gehen, da es sich nicht auf den Warenverkehr beschränken wird, sondern die Dienstleistungsfreiheit einbezieht (Schulen, Wasserwerke, Banken ...). Alle Kapitalverkehrskontrollen würden verboten, z.B. Beschränkung von Finanzprodukten (Leerverkäufe), wie auch Direktinvestitionen geschützt werden sollen. D.h. Investitionen sollen vor Eingriffen aus der Politik geschützt werden. Schließlich geht es um den Schutz geistigen Eigentums. Damit sind aber nicht die Urheberrechte von Musik, Literatur oder Kunst gemeint, sondern die Patentrechte von Medikamenten oder genetisch verändertem Saatgut.



Transatlantic Trade and Investment Partnership

Handelsabkommen sind normalerweise völkerrechtliche Verträge zwischen Staaten (Genfer Konvention zum Schutz von Kriegsoffern, Kyoto-Umweltabkommen ...), bei deren Abschluss Staaten die Vertragspartner sind. Die Parlamente müssen die Verträge ratifizieren, bevor sie in Kraft treten können. Das TTIP wird eine andere Dimension haben, da es Unternehmen die Rechte von Staaten verleihen und Investoren ein Recht geben wird, gegen Staaten zu klagen.

2.1. Was will TTIP?

Wenn sog. tarifäre Hemmnisse abgebaut werden sollen, dann ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden. Wenn ich meine Jeans, einen neuen Computer oder eine Gitarre aus den USA günstiger einkaufen kann, weil Importzölle wegfallen, dann schont dieses meine Brieftasche und da ist nichts gegen einzuwenden.

Problematischer erscheint der Abbau nichttarifärer Hemmnisse (Sozialstandards, ökologische Standards, Regulierung des Kapitalmarkts, Dienstleistungsrichtlinien). Damit soll effektivere Deregulierung als in anderen WTO-Verträgen erzielt werden, vor allem weitere Freiheiten für das Kapital, ein weiterer Rückzug der öffentlichen Hand aus der Daseinsvorsorge sowie der Abbau von umwelt- und sozialpolitischen Regeln.

Obwohl die Bankenkrise seit 2007 die Welt an den Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe, ähnlich wie beim Schwarzen Freitag, gebracht hat, sollen Finanzdienstleistungen weiter dereguliert werden. Aktuell klagt Großbritannien beim EuGH gegen das Verbot von Leerverkäufen. Ziel ist die völlige Kapitalverkehrsfreiheit mit dem Verbot aller Kapitalverkehrskontrollen. Die wirtschaftlichen Folgen, die durch Deregulierung der Kapitalmärkte entstanden sind, scheinen an den Lobbyisten, die für TTIP streiten, völlig vorbeigegangen zu sein. Dieser Umstand wundert nicht, denn es ist den Kapitaleignern gelungen, ihre Verluste zu sozialisieren und die Steuerzahler auf riesigen Schuldenbergen sitzen zu lassen, während sie als Gewinner aus der Krise hervorgegangen sind und so weiter machen wollen wie bisher. Mehr noch: sie wenden weiterhin ihre neoliberale „Schocktherapie“ (Naomi Klein) an und wollen einen vergifteten Patienten mit noch mehr Gift behandeln.

Weiterer Schwerpunkt ist der Schutz geistigen Eigentums. Dieser soll aber nicht Büchern oder Musik gelten, sondern Patenten auf Arzneimitteln und genetischen Codes von Pflanzen.

Somit würde der Verkauf von Generika problematisch und den Pharmakonzernen riesige Beträge in die Taschen spülen, da die Konkurrenz der Billiganbieter per Gesetz ausgeschaltet würde. So verkauft ein indischer Hersteller ein Krebspräparat für 160 \$, der Bayer-Konzern bietet das Mittel für 5.000 \$ bezogen auf die Monatsdosis an. Dass deutsche Pharmakonzerne zu den Befürwortern von TTIP zählen, wundert also nicht.

Von der Dienstleistungsfreiheit wären vor allem Banken, Wasserwerke, Bildungseinrichtungen etc. betroffen. Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks würden den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen bekommen. Während schon jetzt ein ausländischer Bildungsanbieter auf dem deutschen Markt aktiv werden kann, würde ihm TTIP den Weg zu öffentlichen Zuschüssen bereiten, da Standards harmonisiert würden. Für inländische Produkte ist ein Subventionsverbot angedacht. Damit würde das GEZ-System für den öffentlichen Rundfunk in Frage gestellt. Nicht zuletzt sollen Direktinvestitionen geschützt werden. So sollen sich Investoren sicher sein können, dass ein Geschäftsmodell nicht mittelfristig verboten wird. Das heißt nichts anderes, als dass die Parlamente entmündigt würden, da ihnen die Exekutivgewalt genommen würde. Der Atomausstieg wäre somit durch TTIP unmöglich geworden, Parlamente würden zur reinen „Quatschbuden“ (Bismarck) degradiert werden. Äußerst gefährlich erscheint, dass durch TTIP ein Negativlistenprinzip wirken soll, d.h. alle Bereiche müssen dereguliert werden, die nicht ausdrücklich vermerkt sind.

Einer der Kernpunkte stellt das Klage-recht von privaten Unternehmen gegen Staaten dar. Schon jetzt fordert der Vattenfall-Konzern wegen der Stilllegung der AKWs Krümmel und Brunsbüttel 4,7 Mrd. Euro – ein kleiner Vorgeschmack auf das, was uns erwartet. Diese Klagen würden aber nicht vor ordentlichen Gerichten ausgetragen, sondern vor geheim tagenden Schiedsgerichten, die mit drei bestens bezahlten Juristen (Stundensatz 3.000 €) besetzt würden. Eine Revision wäre ausgeschlossen. Dieser Passus stellt einen Angriff auf den Rechtsstaat dar. Sowohl die USA, als auch die EU-Länder sind Rechtsstaaten, deren Gerichtswesen der demo-

kratischen Kontrolle unterliegen. Warum also geheime Schiedsgerichte?

Ein Zurück von einmal vereinbarten Maßnahmen gibt es bei TTIP nicht, Re-kommunalisierung oder Reregulierung würden unmöglich. Die Entmachtung demokratischer Strukturen heißt im neoliberalen Neusprech: Absicherung gegenüber politischen Risiken. An diesem Beispiel wird deutlich, was der Begriff „marktkonforme Demokratie“ bedeutet: die Wirtschaft besitzt das Primat über die Politik.

2.3. TTIP in Zahlen

Die sog. CEPR-Studie (Centre for Economic Political Research) spricht davon, dass TTIP ein Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone in Höhe von 119 Mrd. Euro schaffen würde. Ein vierköpfiger Haushalt in Deutschland würde im Jahr über ein zusätzliches Einkommen von 545.- Euro verfügen, das heißt pro Kopf pro Monat 11,35 Euro.

Woher die Einkommenssteigerung herkommen soll (Lohnsteigerungen sind Sache der Tarifparteien) und auf welcher Grundlage die Prognose für das Wirtschaftswachstum erfolgen soll, sagt die Studie nicht. Wie die Bevölkerung durch Statistiktricks und neoliberalen Neusprech in die Irre geleitet wird, haben wir alle bei der Rentende-batte Ende der 90er Jahre erlebt, als Mietwissenschaftler (Raffelhüschen, Sinn) der Bevölkerung erklärt haben, dass das Rentensystem vor dem Hintergrund des demographische Wandels nicht aufrecht zu erhalten sei. Auch die Bertelsmann-Stiftung erwartet eine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens, verschweigt aber ebenfalls, woher dieses kommen soll. Dass Arbeitgeber Produktivitätssteigerungen und Unternehmensgewinne nicht an die abhängig Beschäftigten weiter geben, erleben wir in Deutschland seit 2000 nur allzu schmerzlich.

Deutlich werden die methodischen Tricks, wenn man bedenkt, dass die Zahlen der Studien der Bertelsmann-Stiftung und des Ifo-Instituts auf einen Zeitraum von 10 Jahren zu sehen sind, was aber gerne verschwiegen wird. Das Ifo-Institut prognostiziert für die USA 103.000 neue Arbeitsplätze bei 143 Mio. Beschäftigten (0,05 Promille), Bertelsmann verspricht für Deutschland 181.000 neue Jobs (0,43 %). Die

Wachstumsprognosen für die EU-Zone würden auf 10 Jahre gesehen einen Wachstumszuwachs von 0,049 % ergeben. Die unglaublichen Prognosen der Lobbyisten lassen erahnen, dass es kaum wirtschaftliche Effekte geben wird. Diese Hypothese wird durch das sinkende Handelsaufkommen zwischen den EU-Staaten aus den USA gestützt. Betrugen die Importe aus den USA 1999 noch 22,3 % des gesamten Handelsvolumens, sind sie bis 2012 auf 11,5 % gefallen. Eine ähnliche Tendenz ist beim Export in die USA zu erkennen. Die Gesamtausfuhren fielen von 27,4 % auf 17,3 % im gleichen Zeitraum. Diesem Trend soll offensichtlich entgegengewirkt werden. Die TTIP-Studie der Bertelsmann-Stiftung verspricht dieses jedenfalls. Verantwortlich dafür ist vor allem der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse, da allein der Abbau von Zöllen keine wesentlichen handels-schaffende Effekte erzielen kann.



Wenn es aber keine wirtschaftlich erklärbaren Gründe für TTIP gibt, dann müssen andere Faktoren eine Rolle spielen, um ein Abkommen zu unterzeichnen, welches nur einen marginalen Nutzen bringt. Ein offenes Wort sprach Warren Buffet im Jahr 2006, als er sagte: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ Es geht also um nichts anderes, als den Klassenkampf von Oben. Als das Weltwährungssystem von Bretton Woods zusammenbrach und den Ölpreisschock nach sich zog, war klar, dass die Gewinne der Kapitalisten nie mehr

fließen würden wie zuvor. Nun mussten andere Wege gefunden werden, um auf Kosten der Bevölkerung riesige Gewinne machen zu können. Mit der Parole „Privat geht vor Staat“ und den folgenden Deregulierungen und seinen Auswirkungen „Löhne runter, Sozialleistungen runter, Steuern runter“ gelang es der besitzenden Klasse Unternehmensgewinne enorm zu steigern, während die Lohnentwicklung stagnierte. Nun soll in einem zweiten Schritt der Zugriff privater Investoren auf Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Wasser und Ökologie erfolgen. Dass diese Rechnung nicht aufgeht, hat die Finanzkrise 2007 gezeigt. Es ist allzu deutlich geworden, dass die Märkte keinerlei Selbstheilungskraft besitzen und der Kontrolle bedürfen.

3. Der Bildungsbereich im Fokus der Privatisierer

Der deutsche Bildungsbereich ist noch weitgehend in öffentlicher Hand. Reinhard Mohn, Gründer der Bertelsmann-Stiftung formulierte das marktradikale Glaubensbekenntnis, dem zunehmend auch der Bildungsbereich unterworfen wird, indem er sagte, dass „die Prinzipien unternehmerischen Handelns die wichtigsten Merkmale zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft“ seien und „die Grundsätze unternehmerischer, leistungsgerechter Gestaltung in allen Lebensbereichen zur Anwendung gebracht werden“. Ob unternehmerische Top-Down-Entscheidungen mit den Erfordernissen einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft einhergehen, erscheint jedoch fraglich.

Was es bedeutet, wenn der Bereich Bildung nach ökonomischen Gesichtspunkten organisiert wird, lässt sich erkennen, wenn man sich mit den Folgen des Hochschulfreiheitsgesetzes (2006) auseinandersetzt. Das Gesetz, welches dazu gedacht war, die Autonomie der Hochschulen zu stärken, erweist sich heute als neoliberale Mogelpackung. Die Eigenverantwortung der Hochschulen bedeutete, dass diese sich nach ökonomischen Gesichtspunkten organisieren mussten und untereinander in einem erbitterten Wettbewerb stehen. Damit wurde Jagd nach Drittmitteln eröffnet, was die Tendenz zur Gefälligkeitsforschung bereitet. Prof. Butterwege kritisiert daher zu Recht: „Die

Freiheit, von der da die Rede ist, bedeutet in Wirklichkeit Marktabhängigkeit. Statt ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, müssen sich die Hochschulen demnächst um die wirtschaftliche Verwertbarkeit ihres Wissens kümmern.“

Die wissenschaftlichen Beschäftigten der Hochschulen zahlen für ihre neu gewonnene „Freiheit“ einen hohen Preis. Kurze und kürzeste Arbeitsverträge bestimmen ihren Arbeitsalltag. Oft müssen sie sich beim Antritt ihrer Stelle schon Arbeit suchend melden, da die Laufzeit des Arbeitsvertrags sehr kurz ist. Noch schlimmer ergeht es wissenschaftlichen Hilfskräften, die in einem völlig von Tarifverträgen freien und unregulierten Bereich arbeiten und ihren Professoren ausgeliefert sind. Auf der anderen Seite gibt es Profiteure der Freiheit: die Rektoren wurden zu einer Art von Bildungsmanagern und verdoppelten zum Teil ihre Gehälter. Der Rektor der RWTH Aachen, Ernst Schmachtenberg, wurde bis 2004 nach der Gehaltsgruppe B 6 (88640 Euro) bezahlt. 2012 bekam er insgesamt 152.528 Euro, davon waren 55.512 Euro frei ausgehandelt, womit er sich vom Verdienst auf dem Niveau eines Staatssekretärs oder dem Oberbürgermeisteramt einer Millionenstadt befindet. Hochschulen sind aber immer noch zum Großteil durch Steuern finanziert und leitende Mitarbeiter können sich ihre Gehälter nicht frei aushandeln, warum dann die Hochschulrektoren?

Was den Bildungsbereich betrifft, ist der Schulbereich der am stärksten regulierte Sektor. Über Richtlinien und Schulrecht sind Inhalte und Organisation vorgegeben, Tarifrecht und Beamtenrecht regeln die Angelegenheiten der abhängig Beschäftigten. Dennoch ist auch im Schulbereich eine Tendenz zur Entstaatlichung erkennbar. Besonders im Offenen Ganztage und bei Inklusionshelfern ist eine Aufgabenverlagerung an Wohlfahrtsverbände und private Träger zu erkennen. Die Zeche zahlen, wie üblich, die Beschäftigten, da prekäre Beschäftigungsverhältnisse in diesem Bereich die Regel sind. Diese Tendenz geht einher mit einer Entprofessionalisierung: nicht ausgebildete Pädagogen übernehmen verantwortungsvolle pädagogische Aufgaben, sondern unausgebildete Kräfte, die Spaß am Umgang mit Kindern haben. Der Bereich der registrierten Weiter-

bildung findet zu 90 Prozent unter öffentlicher Förderung statt, dennoch ist dieser Bereich weit davon entfernt, ein solider vierter Bereich des staatlichen Bildungssektors zu sein. Gerade im Weiterbildungsbereich findet ein ruinöser Trägerwettbewerb und Preiskampf statt, der auf dem Rücken der Beschäftigten durch eine zunehmende Prekarisierung von Arbeit ausgetragen wird, bedingt durch die Unterfinanzierung der staatlichen Geldgeber ausgetragen wird. Für prekär Beschäftigte sind unter diesen Bedingungen Monatsgehälter von 1000-1500 Euro brutto keine Seltenheit. Nicht selten werden geregelte Beschäftigungsverhältnisse durch Outsourcing zerstört und durch Honorartätigkeiten auf dem Niveau von Tagelöhnern ersetzt. Dass sich unter solchen Bedingungen gewerkschaftliche Interessensvertretung kaum aufbauen lässt, liegt auf der Hand.

ver.di

Das Freihandelsabkommen TTIP soll angeblich besonders den Krisenländern in Südeuropa Jobs bringen. Das ist aber laut neuesten Studien kaum der Fall.

Die Beschäftigten sehen sich nach dem Prinzip „rette sich, wer kann“ nach anderen Tätigkeiten um, wodurch auch die Teilnehmer an Weiterbildungsangeboten u.a. durch die Fluktuation zu Leidtragenden werden. Der Weiterbildungsexperte Paul Weitkamp stellt fest: „Der Bereich der Weiterbildung wird als „Exerzierfeld“ zur Erprobung benutzt, wie weit neoliberale Bildungspolitik gehen und ruinöse Marktkonformität ohne großen Widerspruch und Gegenwehr getrieben werden kann“. Im gesamten Bildungsbereich wächst die Gefahr, dass tarif- und arbeitsrechtlich regulierte Beschäftigungsbereiche durch TTIP als Investitionshemmnis gesehen werden und einer Deregulierung ähnlich wie in der Weiterbildung zum Opfer fallen. Noch gilt in Deutschland Subventionsvorbehalt, d.h. ein ausländischer Bildungsträger hat keinen Anspruch auf staatliche Zuschüsse. Dieses könnte durch TTIP allerdings fallen. Das bedeutet: der Wettbewerb um staatliche Fördermittel wird weiter verschärft und Arbeitnehmerschutz verliert vollends seine Wirksamkeit.

Dabei sind die Neoliberalen, die den Magerstaat predigen, nicht wählerisch, wenn es darum geht staatliche Zuschüsse abzugreifen, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer privaten Bildungseinrichtung in Gefahr gerät. Das Lieblingsprojekt der Bertelsmann-Stiftung, die Universität Witten-Herdecke, ist ohne staatliche Zuschüsse nicht überlebensfähig. Die Doppelmoral wird am Beispiel Handelshochschule Leipzig (HHL) deutlich. Der einstige NRW-Wissenschaftsminister Pinwart wurde nach dem Ende der schwarz-gelben Koalition in NRW Rektor der HHL. Laut SPON (1.6.2014) benötigte sie öffentliche Sonderzuwendungen in Höhe von 700.000 €. Die Formel „Privat geht vor Staat“ geht also nicht auf oder müsste besser lauten: Privat geht vor Staat, aber wenn es Probleme gibt, darf der Staat mit Steuergeldern gern aushelfen.

Schon jetzt stehen Kommunen vor dem Hintergrund von Schuldenbremse und Haushaltslöchern in Versuchung Public Private Partnerships einzugehen. Diese kosten den Steuerzahler aber erheblich mehr als Investitionen durch den Staat. Bei den momentan geringen Zinsen könnten problemlos Investitionsprogramme aufgelegt werden, um marode Schulgebäude zu sanieren, was durch die Schuldenbremse unmöglich gemacht wird. Greift die öffentliche Hand zu privaten Investoren, werden in Geheimverhandlungen offenbar Renditeversprechungen gemacht, die auf dem Kapitalmarkt nicht zu erreichen sind (beim Ausbau der A7 in Niedersachsen vermutet man 10 %). Weiterhin müssen Rechtsanwälte, Berater und Architekten bezahlt werden, wodurch ein Kostenapparat entsteht, der ansonsten entfallen würde. Im Sommer 2004 hat der Kreis Offenbach entschieden, die Sanierung, Bewirtschaftung und der Betrieb der rund 90 Schulen in die Hände von privaten Partnern zu übergeben. Seit Januar 2005 saniert und bewirtschaftet die HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, eine Tochtergesellschaft der HOCHTIEF Concessions AG Essen, aktuell 50 Schulen im Ostteil des Kreises. Die Verantwortlichen des Landkreises jubeln auf ihrer Homepage. „Anfang des Jahres 2010 war der erste Meilenstein geschafft: Alle Schulen sind saniert! Die Ergebnisse können sich sehen lassen.“ Nur wird eines verschwiegen: die vereinbarte Miete hat sich innerhalb von fünf Jahren von 52 auf 72 Mio. Euro

erhöht (dwn). Gründe für die Preiserhöhung lagen z.B. in Bauverzögerungen aufgrund von Haushaltsproblemen des Kreises. Steigen die Kosten in gleichem Umfang weiter, kommen bis zum vereinbarten Vertragsende Kosten in Höhe von 1,3 Mrd. Euro auf den Kreis zu (Heinrich Böll Stiftung). Fünf Schulen stehen zurzeit leer, was nicht auf eine weitsichtige Planung schließen lässt. PPP bedeutet in der Summe nichts anderes, als dass der Staat seine Zukunft verpfändet und zu Lasten zukünftiger Generationen lebt.

Märchenstunde mit HG Butzko zum Freihandelsabkommen:

Vertreter der europäischen Union verhandeln mit Vertretern der USA hinter verschlossenen Türen darüber, dass alle Verträge für Handel und Wirtschaft in Amerika und Europa die selben sein sollen. Mit anderen Worten: Leute, die wir nicht kennen, treffen sich an Orten, die wir nicht sehen, um Sachen zu besprechen, von denen wir nichts erfahren, damit sie Dinge beschließen, die wir nicht wollen.

Neues aus der Anstalt auf ZDF am 28.11.14

Dass der Bildungssektor für private Investoren einen lohnenden Geschäftsbereich darstellt, zeigt ein Blick hinter die Kulissen des Gelsenkirchener Nachhilfeeinstituts „Schülerhilfe“. 2009 wurde die ZGS von den deutschen Private Equity-Gesellschaften "Paragon Partners" (München) und "Syntegra Capital" (London) übernommen und im Herbst 2013 an die Deutsche Beteiligungs AG für 150 Millionen Euro weiterverkauft. Der Jahresumsatz lag 2013 bei 43 Mill. Euro, der der Franchise Nehmer bei 65 Millionen. Weniger einträglich scheint das Einkommen der Lehrkräfte an privaten Nachhilfeeinstituten zu sein. Sie arbeiten alle auf Honorarbasis. Über die Stundensätze bei Nachhilfeeinstituten kann man in Internetforen lesen, dass für 90 Minuten Unterricht zwischen 13,50 und 16,- Euro gezahlt werden.

Eine Lehrkraft berichtet, dass er mit 23,- E für eine Doppelstunde seinem Arbeitgeber „Studienkreis“ zu teuer war und „entfernt wurde“. Sagen Schüler ab, kann es sein, dass Lerngruppen verkleinert werden und der Unterricht auf 45 Minuten verkürzt und entsprechend gezahlt wird, was nichts anderes bedeutet, dass der abhängig Beschäftigte das unternehmerische Risiko trägt.

Noch werden Bildungsstandards an den Schulen durch Lehrpläne, die das Bildungsministerium vorgibt, festgelegt, und die Abschlüsse durch zentrale Abschlussprüfungen erworben, was nicht anderes bedeutet, dass ein festes Regelwerk den Erwerb von Bildung und die entsprechenden Abschlüssen reguliert. Warum sollten diese Standards nicht als ein Investitionshemmnis bewertet werden? Oder könnte nicht das für eine Abiturklausur im Fach Deutsch oder Geschichte erforderliche Wissen durch einen Multiple-Choice-Test ökonomisch effektiver abgeprüft werden? Einige Kreuze auf einem Fragebogen könnten eine lästige Erörterung leicht ersetzen und würden zudem verhindern, dass jemand auf dumme Gedanken kommt und das System hinterfragt.

Folgen wir den Überlegungen einiger ökonomischen Gesetzen folgenden Bildungsideologie und stellen weitere Fragen. Warum sind für eine Lehrkraft ein Bachelor- und ein Masterabschluss notwendig? Vielleicht reicht ein Bachelor und anschließendes Referat völlig aus? Man könnte solch eine Lehrkraft auch anders bezahlen als bisher, nämlich geringer.

Die erkennbare Tendenz zum Lohndumping in privaten Bildungsinstituten zeigt, dass die Überlegungen nicht abwegig sind. Warum sollte bei einem amerikanischen Bildungsanbieter eine Lehrkraft in Deutschland mehr Geld verdienen als in den USA? Die erkennbare Tendenz zur Entqualifizierung und Entprofessionalisierung wird im Gleichschritt zum Abbau von Bildungsqualität führen.

3.2. Die Apollo-Group – Ein Bildungskonzern unter der Lupe

Um die o.g. Thesen nicht in den Verdacht geraten zu lassen, Produkt einer Verschwörungstheorie zu sein, kom-

men zu lassen, lohnt sich eine Auseinandersetzung mit dem US-amerikanischen Bildungsmarkt, namentlich mit dem Bildungskonzern „Apollo“. Am Ende wird man sehen, dass die Befürchtungen durchaus einen realen Hintergrund haben.

TTIP: Verluste statt Gewinn

Nach einer Studie der amerikanischen Tufts University of Massachusetts bleibt von den optimistischen Prognosen der TTIP-Verfechter nicht viel übrig. So verspricht eine EU-Studie, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,05 Prozentpunkte wachsen werde. Die Amerikaner errechnen hingegen Verluste. Deutschlands BIP würde durch das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA 1,14 Prozent verlieren. Das beliebteste Argument der Politik pro TTIP sind viele neue Arbeitsplätze. Die CDU wirbt gar mit 200 000 für Deutschland. Die Tufts-Experten sehen das komplett anders. In Deutschland würden 134 000 Stellen entfallen, EU-weit sogar 600 000. Auch bei den Einkommen erwartet die US-Studie in der EU Verluste. Pro Kopf würden die Deutschen 3400 Euro einbüßen. Die Studie vom Oktober diesen Jahres basiert auf anerkannten Modellrechnungen der Vereinten Nationen (Global Policy Model) | www.bit.ly/USstudieTTIP

Der ehemalige amerikanische Präsident Benjamin D. Franklin sagte einmal: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen“. Dieses dachten sich auch der Gründer der Apollo-Group John Glen Sperling und sein CEO (= Chief Executive Officer) Charles B. Edelstein. Edelstein war alles andere als ein Pädagoge, sondern zuvor Fonds-Manager bei Credit Suisse und Berater bei PWC. Das zeigt deutlich, um was es privaten Bildungsträgern geht. Sie wollen Geschäfte machen – und zwar gute. Apollo investiert 9 % seines Umsatzes in Bildung, 17 % in Lehre, aber 22% in Marketing. Es geht also um ein Produkt, welches man teuer verkaufen will. Damit hat man in wirtschaftlicher Hinsicht Erfolg. Seit dem Börseneintritt an der NASDAQ 1994 ist der Börsenkurs von Apollo um das 50fache gestiegen. Hintergrund sind die hohen Umsätze und Wachstumswerte, die der Konzern aufweisen kann.

Jahr	Umatz	Gewinn
2001	769 Mio. \$	107 Mio. \$
2008	3,1 Mrd. \$	467 Mio. \$

1. Quartal 2011 188 Mio. \$

Der Börsenwert des Unternehmens liegt zurzeit bei 11 Mrd. \$. Man betraute 2008 360.000 StudentInnen und beschäftigte 14.000 Mitarbeiter. Das

Hauptstandbein ist die Unversity of Phoenix. Die Studierenden zahlen pro Jahr eine Studiengebühr von ca. 20.000 \$, d.h. dass ein Student am Ende seines Studiums ca. 60-80.000 \$ Schulden angehäuft hat. Betrachtet man den Verdienst einer Lehrkraft in den USA, kann

man begründet die These aufstellen, dass ein abhängig Beschäftigter, den Großteil seiner Lebensarbeitszeit damit zubringt, seine Schulden, die aus dem Studium resultieren zurückzuzahlen. Da sich Joberwartungen häufig nicht erfüllen, können ein Drittel der StudentInnen ihre Schulden gar nicht zurückzahlen, melden Privatinsolvenz an und stürzen ganze Familien ins Unglück (FR). Aktuell haben Studenten in den USA ca. eine Billion \$ Schulden angehäuft. Vor diesem Hintergrund urteilt der Börsenmakler Steve Eisman: „Die private Bildungsindustrie in den USA ist eine riesige faule, dem Platzen nahe Blase.“ Er hält die Blase für derartig faul, dass er sie mit dem Derivatehandel vergleicht. Eine Spekulationsblase ist im Grunde nichts anderes, als ein Schneeballsystem, was immer neue Mitspieler benötigt, um zu funktionieren. Wer diese sein könnte, haben die Hintermänner des TTIP mit Sicherheit schon im Auge.

Der Apollo-Konzern finanziert sich aber nicht nur durch die Studiengebühren, sondern schluckt 25 % der staatlichen Zuschüsse im Bildungsbereich, versorgt aber nur 9 % der Studierenden. Ein durchaus lohnenswertes Geschäftsmodell, wie die Zahlen zeigen.

Was die Qualität der Bildungsabschlüsse betrifft, ist Apollo ins Gerede gekom-

men. Die Abbrecherquote liegt bei ca. 64 %. Wer die Hintergründe nicht hinterfragt, könnte diesen Umstand fälschlicherweise auf hohe Bildungsstandards zurückführen. Weit gefehlt, Bildungsexperten bezeichnen die Bildungsangebote von Apollo als Fastfood-Bildung und die erreichten Abschlüsse als wertlos. Medial ist Apollo dadurch in die Kritik geraten und die Zahl der Studierenden ging zurück. Kurzerhand erhöhte das Management die Studiengebühren und die Geschäftszahlen des Konzerns stimmten wieder. Offensichtlich ist der Druck auf dem US-amerikanischen Arbeitsmarkt so groß, dass viele Studierende bereit sind, ein hohes Risiko einzugehen, um ihre Karrierechancen zu verbessern.

Wer vor diesem Hintergrund wie die Bundesregierung auf Anfrage der LINKEN behauptet, TTIP „habe keine Folgen für die Finanzierung des öffentlichen Bildungs- und Hochschulsystems“, der ist entweder naiv oder täuscht bewusst die Öffentlichkeit.

4. Die Folgen für die Beschäftigten

Da die USA von den Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitnehmerorganisation ILO nur zwei unterschrieben hat (Norm zur Kinderarbeit und zur Abschaffung der Zwangsarbeit), ist für die abhängig Beschäftigten das schlimmste zu befürchten, nämlich Arbeitsbedingungen ähnlich denen, die in den USA herrschen. Nicht aber unterschrieben wurde das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf kollektive Verhandlungen. Damit ist der Kern gewerkschaftlicher Arbeit getroffen.

Gewerkschaftlich Rechte sind in den USA weitgehend eingeschränkt. Einige US-Bundesstaaten scheinen anti-gewerkschaftliche Gesetze sogar als Standortvorteil zu betrachten. Das „Right to Work“ ist nicht als Recht auf Arbeit zu verstehen, sondern verbietet im Arbeitskampf, Streikbrecher von der Arbeitsaufnahme abzuhalten. Nicht selten wird von Übergriffen des Wachpersonals auf Streikende berichtet. Aufgrund der schlechten Erfolgsaussichten von Gewerkschaften ist der Organisationsgrad der abhängig Beschäftigten in den USA auf 6 % gesunken. Damit haben Unternehmer die rechtlichen Spielräume, um Tarifverhandlungen zu

behindern oder ganz zu vereiteln. 15 % der abhängig Beschäftigten der US-amerikanischen Privatwirtschaft haben kein Recht auf Gewerkschaftsbeitritt, ca. ein Drittel der im Öffentlichen Dienst beschäftigten sind ohne Tarifvertrag. Mittlerweile hat sich eine ganze Branche auf „Union-Busting“ spezialisiert. Rechtsanwältinnen und Beraterfirmen haben sich darauf spezialisiert, die Gründung von Gewerkschaften zu verhindern, bzw. das Engagement von Gewerkschaften im Betrieb. Dabei sind auch Ableger deutscher Konzerne nicht gerade zimperlich. Jüngst wurde die Gründung eines Betriebsrates bei Volkswagen – USA (Tennessee) durch eine konservative Gegenkampagne verhindert. Der geringe Schutz macht die abhängig Beschäftigten in den USA erpressbar, stellt der wirtschaftspolitische Sprecher der Linken, Michael Schlecht, fest. Eine Arbeitsstunde im gewerkschaftsfreien Mississippi kostet 17 \$, in Deutschland 31 \$ und in Frankreich 34 \$. Der Produktivitätszuwachs der Arbeitnehmer fließt in den USA komplett in die Hände der Unternehmer. Mehr als einen Inflationsausgleich wird bei Lohnverhandlungen nicht erreicht. Das Einkommen eines Durchschnittshaushalts lag in den USA im vergangenen Jahr bei 51.000 \$ (39.000 €) und damit genau so hoch wie im Jahr 1989.

Somit muss man befürchten, dass durch das TTIP eine Anpassung nach unten erzielt werden wird. Wie bei allen neoliberalen „Reformen“ der vergangenen 30 Jahre werden die abhängig Beschäftigten zu Verlierern der Auseinandersetzung um mehr Wettbewerbsfähigkeit, so die Befürchtungen einer IG-Metall Studie zu TTIP. Wie die Lobbyisten da noch das 545 Euro-Märchen begründen wollen, ist schleierhaft.

5. Fazit

Das Freihandelsabkommen TTIP ist wahrhaftig als Trojanisches Pferd zu bezeichnen. Es werden von Politik und Lobbyverbänden vollmundige Versprechen gemacht, die sich bei näherer Betrachtung als unhaltbar erweisen. Entscheidende Zukunftsfragen nach der Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaft nach ökologischen Gesichtspunkten werden ausgeklammert.

Schon vor dem Abschluss des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA wurde ähnlich vorgegangen wie

zurzeit mit TTIP, erfüllt hat sich davon für die abhängig Beschäftigten nichts. 700.000 Arbeitsplätze gingen verloren, immer mehr Mexikaner leben unter der Armutsgrenze, mexikanische Kleinbauern kapitulieren vor der amerikanischen Landwirtschaftsindustrie, Investorenklagen mehren sich. Erst kürzlich erfolgte erfolgreich die Klage des Fracking-Unternehmens Lone Pine gegen die kanadische Region Quebec über die Zahlung von 250 Millionen \$ wegen entgangener Gewinne aufgrund eines Fracking-Moratoriums. Wir sehen, die Industrie kann mit Freihandelsabkommen gut leben. Sind aber die Profiterwartungen der Wirtschaft alles? Muss man sich ihnen bedingungslos unterordnen? Welche Gefahren bringt TTIP noch mit sich?

Der Abbau von Arbeitnehmerrechten ist absehbar. Wenn das Abführen von Sozialabgaben zum Investitionshemmnis wird, kann man sich vorstellen, was von den Resten des Sozialstaats übrig bleiben wird. Die in den Staaten vorherrschenden unterschiedlichen Standards werden missbraucht werden, um eine Abwärtsspirale bei den Sozialstandards in Gang zu setzen. Bereits jetzt führt das Herkunftslandprinzip dazu, dass Arbeiter aus osteuropäischen Ländern in deutschen Schlachthöfen zu miserablen Bedingungen als Scheinselbständige ohne jegliche soziale Absicherung beschäftigt werden.

Unterschriftenaktion gegen TTIP und CETA

Auch wenn die EU-Kommission eine formale Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA nicht zulassen wollen: Demokratische Beteiligung lässt sich nicht unterbinden. Die GEW unterstützt die europaweite "Bürgerinitiative von unten". Ziel sind Million Unterschriften, über eine halbe Million wurde schon gesammelt. Wir glauben: Da ist noch mehr drin!

Jetzt online unterzeichnen:

www.tinyurl.com/Stopp-TTIP-und-CETA

Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA klammern wichtige Fragen, die für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft grundlegend sind, aus: wie kann die Globalisierung sozial gerecht gestaltet werden und eine Angleichung von sozialen Standards nach unten verhindert werden? Wie kann unsere Zukunft nach ökologischen Standards gestaltet werden? Wie können faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen gestaltet werden?

In der Summe ist TTIP ein Angriff auf die Demokratie und den Rechtsstaat. Mit Recht urteilt Alexander Ulrich, DIE LINKE: „Mit TTIP und CETA sollen sogenannte Handelshemmnisse abgebaut werden. Das größte Handelshemmnis ist offenbar die Demokratie.“ Diese Einschätzung wird aus konservativen Kreisen durchaus geteilt. Der ehemalige CDU-Spitzenpolitiker Wimmer urteilt in der jw über TTIP: „Bei TTIP handelt es sich um den Versuch der USA, den hinter dem »Limes« liegenden Bereich in ihrem Interesse zu ordnen. Dabei geht es weniger um das vieldiskutierte Chlorhuhn, als um die Aushebelung der parlamentarischen Demokratie. Wenn wir als hoch entwickelter Rechtsstaat Schiedsgerichte bekommen, mit denen Differenzen über Investitionen entschieden werden sollen, brauchen wir uns keine Gedanken mehr darüber machen, was von Parlamenten und unseren Regierungen noch übrigbleibt.“

Der GEW-Hauptvorstand fordert den Stopp der TTIP Verhandlungen. Die GEW Bundesvorsitzende Marlis Tepe hat Bundeswirtschaftsminister Gabriel folgerichtig aufgefordert, dem Freihandelsabkommen CETA nicht zuzustimmen.

Literatur: Harald Klimenta u.a., Die Freihandelsfalle, Hamburg 2014



Jochen Bauer

Mitglied im Referat A (Dienstrecht, Besoldung und Vergütung) der GEW NRW

Stadtverband Gelsenkirchen

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Termin:

Freitag, 27. Februar 2015 um 18:00 Uhr

Ort:

**DGB-Haus der Jugend,
Gabelsbergerstraße 12,
45879 Gelsenkirchen**

Wir freuen uns auch über den Besuch von Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied der GEW sind, sowie über die Gladbecker. Der Stadtverband lädt alle Kolleginnen und Kollegen auf dieser Versammlung zu Grünkohl und Getränken ein. Auf Wunsch auch vegetarisch.

Tagesordnung:

1. Regularien

Kassenbericht/Entlastung des Kassierers
Tätigkeitsbericht (TTIP/CETA, Streik...)

2. Wahlen

Vorstand, Delegierte, Wahlausschuss,
Kassenprüfer

3. Gemeinsames Abendbrot

4. Referat des Kollegen Jochen Bauer mit anschließender Diskussion zum Thema TTIP.
(vgl. auch Seite 3-8)



Ein letztes Mal Steuersparen Bewirtungskosten als Werbungskosten

Wenn ein Arbeitnehmer anlässlich des Beginns seines Ruhestandes oder der Freistellungsphase der Altersteilzeit Arbeitskolleginnen und Kollegen einlädt, kann er die Bewirtungskosten als Werbungskosten geltend machen. **(Mr.)**

Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2014

Die letzte Jahreshauptversammlung fand am 07.3.2014 im DGB Haus der Jugend statt.

Die Anzahl der Mitglieder insgesamt 1211
Gelsenkirchen 1023, Gladbeck 188

Im Berichtszeitraum fanden 8 Vorstandssitzungen mit folgenden Themen statt:

- Terminplanung/Finanzplanung, Kassenbericht, Haushaltsplan
- Zusammenarbeit STV Gelsenkirchen und OV Gladbeck
- Vorbereitung JHV 27.02.2015 im DGB-Haus der Jugend
- Besonderes Thema: TTIP Referent: Jochen Bauer
- Masterplan Bildung – ohne Moos Kinder chancenlos –Organizing Kampagne zu Lego
- Vorbereitung Jubilarehrung 2014 im Consol Theater
- Anträge an den Gewerkschaftstag 2014 Zur Kassenprüfung, zur Satzung, zur NDS, zu TTIP
- Vorbereitung der Untergliederungsversammlung am 19.05.2014 (lego)
- Unterschriftenaktion: 10 Punkte Plan „Jetzt reicht's“
- Planung und Durchführung von Lehrerratsschulungen.
- Nachbereitung des Gewerkschaftstages
- Zusammenarbeit mit den Personalräten
- Zusammenarbeit mit den Schwerbehindertenvertretungen
- Beratung und organisatorische Unterstützung bei Rechtsschutzfällen.
- Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt
 - JHV am 7.3.2014 im DGB-Haus der Jugend
 - Jubilarehrung am 14.11.2014 mit Carmen de Feo im Consol-Theater
 - Familientag der GEW auf dem Fahrgastschiff Pirat

Im Berichtszeitraum wurden Tarifinformationen, GEW Infos, Neues zu Lego, Info der Personalräte, Kalender und Broschüren zu verschiedensten Themen an die jeweiligen Schulformen gesandt.

Pressearbeit /Stadtverbandszeitungen
GE-W 157 Extra GE-W 158 GE-W 159

Der Vorstand

Wahlausschreiben

An die Mitglieder des Stadtverbandes

Der Wahlausschuss lädt hiermit ein zur Wahlversammlung

(Diese findet im Rahmen der Jahreshauptversammlung statt.)

Zeit: Freitag, 27. Februar 2015 um 18:00 Uhr

Ort: DGB-Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße 12

Folgende Funktionen sind zu besetzen:

I. Geschäftsführender Vorstand

1. Vorsitzender
2. stellv. Vorsitzender
3. stellv. Vorsitzender
(Alternativ ein dreiköpfiges Leitungsteam)
4. Kassierer
5. stellv. Kassierer
6. Schriftführer
7. stellv. Schriftführer
8. Referent für Öffentlichkeitsarbeit

II. Delegierte für den Gewerkschaftstag

III. Kassenprüfer

IV. Wahlausschuss

Das aktive Wahlrecht haben alle Mitglieder des Stadtverbandes, deren Aufnahme in den Stadtverband bis zum Tag der Wahlversammlung vollzogen ist.

Das passive Wahlrecht setzt zudem eine mindestens sechsmonatige Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft voraus.

Das **Wählerverzeichnis** liegt bis zur Wahlversammlung der GEW-Geschäftsstelle, Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, Telefon: 0209 513759, zur Einsichtnahme nach telefonischer Rücksprache aus. Dies ist besonders wichtig für die Kolleginnen und Kollegen, die neu in die GEW eingetreten sind oder die sich aus einem anderen Stadtverband umgemeldet haben.

Kandidatenvorschläge sind mit der Einverständniserklärung des Kandidaten bis eine Woche vor der Wahlversammlung (20. Februar 2015) bei der oben genannten Adresse einzureichen. Weitere Kandidaten können bei der Wahlversammlung vorgeschlagen werden.

Wahlverfahren:

Die Wahlen werden nach § 7 und § 8 der Wahlordnung des Stadtverbandes durchgeführt.

Wir bitten neu eingetretene oder aus einem anderen Stadtverband übergewechselte Mitglieder, die vorläufige Bescheinigung über die Aufnahme bzw. ihren Mitgliedsausweis mitzubringen.

Der Wahlausschuss
Gisela Fries-Oehlschlägel
Marita Koch

----- Leserbrief ----- zu GE-W 158

Lieber Karl-Heinz,

du hast um Stellungnahme bezüglich der neuen GE-W gebeten. Hier ist sie. Chapeau! Die Zeitung spricht hochbrisante Themen an, die uns noch lange beschäftigen werden. Ich kann eigentlich nichts sagen als: besser kann man es nicht machen! Zum Inhalt deines Vorwortes möchte ich dennoch einmal ins Detail sehen, da ich die Logik genau umgekehrt sehe.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist für mich eine systemimmanente Krise. Die Ursachen liegen auf drei Ebenen: die neo-liberalen Maximen "Löhne runter, Steuern runter, Sozialstaat runter" führte zu einer Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen. Die Reichen wussten im Prinzip nicht mehr, wohin mit dem Geld und haben gezockt. Die Deregulierung auf dem Finanzsektor und immer hochspekulativere Finanzprodukte kamen ihnen entgegen. Und als die Blase durch die Goldman-Sachs-Pleite geplatzt ist, haben sie daran doppelt verdient: ihr Geld wurde durch Steuergelder gerettet und dann haben sie den Staaten das gerettete Geld verliehen. Das ist ein Aberwitz.

Die Vermögensverteilung ist heute ungefähr wie vor der Weltwirtschaftskrise 1929, die schließlich in Faschismus und Krieg geführt hat. Auch damals hat man die Sozialsysteme bewusst zerstört - nur: Brüning wusste es nicht besser. Wenn Frau Merkel Südeuropa in die Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut treibt, dann hätte sie es besser wissen müssen. Die Stärkung von Faschisten und Nationalisten kommt, wie du sagst, nicht von ungefähr.

Interessant finde ich eure Veranstaltung im September. Wir werden in Bochum eine ähnliche durchführen. Wir nennen sie etwas reißerisch "Speeddating für Lehrkräfte".

Noch eine andere Sache: ich habe einen Antrag zur Arbeitszeitverkürzung für den Gewerkschaftstag auf den Weg gebracht. Ende November wird der DGB in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Düsseldorf einen Kongress "Zeit zu arbeiten - Zeit zu leben" durchführen. Dort wird es einen Workshop zum Thema "Arbeitszeitverkürzung als Gegenstand von Tarifverhandlungen" geben.

Jochen Bauer

Wahl der Vertrauensperson für Menschen mit Behinderung

Am 5.11.2014 hat tournusgemäß nach 4 Jahren die Wahl der Schwerbehindertenvertretung für LehrerInnen mit Behinderung an Grundschulen stattgefunden. Der Personalratsvorsitzende, Lothar Jacksteit, gratulierte der "alten" und "neuen" Vertrauensfrau, Marion Appold, und bedankte sich für die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Auch bei der Wahl der Stellvertreter gab es eine Wiederwahl. Stellvertreter sind Jürgen Bleichert und Lothar Jacksteit.

Die GEW gratuliert der neugewählten Schwerbehindertenvertretung und wünscht ihr eine erfolgreiche Arbeit und gutes Gelingen.



Marion Appold
GGS Bickernstraße
Tel. dienstl.: 0209 85672
E-Mail: Marion.Appold@gmx.de

Schwerbehindertenvertretung Hauptschulen in Gelsenkirchen

Auch an den Hauptschulen in Gelsenkirchen wurde gewählt.

Für die nächsten vier Jahre wurde Petra de Jesus Augusto von der HS Schwalbenstraße wiedergewählt. Petra ist für die Schwerbehinderten Lehrerinnen und Lehrer unserer Hauptschulen in Gelsenkirchen zuständig.

Ihre Mitgliedschaft im Personalrat in Münster gibt ihr die Möglichkeit bei allen Problemen dort direkt zu intervenieren.

Die GEW dankt ihr für die geleistete Arbeit und wünscht ihr erfolgreiches Arbeiten in der neuen Amtsperiode.



Petra de Jesus Augusto
Gelsenkirchen
Tel. 0209 9773124
E-Mail: petrakokott@gmx.de

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88 Tel.: 0209 513759
45899 Gelsenkirchen Fax: 0209 514207

Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de
E-Mail: gew-ge@gmx.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 09:00 - 12:00 Uhr

**Die Nummer 1 im Pott
sind wir.**

S04

Buch- besprechung

Wigbert Löer/Oliver Schröm:

Geld Macht Politik

Das Beziehungskonto von Carsten Maschmeyer, Gerhard Schröder und Christian Wulff.

Geben und Nehmen lautete die Devise von Carsten Maschmeyer, dem ehemaligen Lenker des Finanzvertriebs AWD. Das galt insbesondere für sein Verhältnis zu Gerhard Schröder, ehemaliger Bundeskanzler, und Christian Wulff, Ex-Ministerpräsident und -Bundespräsident.

Die beiden Stern-Autoren Wigbert Löer und Oliver Schröm zeichnen mithilfe tausender Dokumente von Whistleblowern nach, wie das „Beziehungskonto“ von Maschmeyer funktionierte und welchen Einfluss er in der Politik hatte. Im Fokus steht auch die Lobbyarbeit für die Reform der Riester-Rente 2005, die seinem Unternehmen AWD Millionen in die Kassen spülte. Eine „Beziehungsgeschichte“, die sich wie ein Krimi liest.



Droemer Knauer,
320 Seiten, 19,90 Euro

GEW begrüßt die Veranstaltung mit dem Bildungsforum Ruhr

Benachteiligte Städte sollten finanziell vom Bund und Land besonders gefördert werden.



Foto: Werner Meisterernst

Alfons Kunze (Ehrenvorsitzender), Lothar Jacksteit (Vorsitzender) Karl-Heinz Mrosek, (Vorsitzender) Anne Winnen (Geschäftsführerin) von links

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Gelsenkirchen begrüßt es nach Informationen von Karl-Heinz Mrosek und Lothar Jacksteit, dass OB Frank Baranowski die Bildungsregion Ruhr eingeladen hat (die WAZ berichtete). „Die GEW fordert seit Jahrzehnten, dass es in Städten wie Gelsenkirchen, die eine besonderes prekäre bildungspolitische Lage haben, vermehrt Aktivitäten geben muss, um den Kindern unserer Stadt gleiche Bildungschancen wie Kindern anderer Regionen zu geben. Die Wissenschaft hat uns in unserer Forderung immer unterstützt. Wir freuen uns, dass inzwischen auch

Bildungspolitiker in der Region Ruhr dieses so sehen wie wir“, so Mrosek und Jacksteit. Bei der Veranstaltung habe man festgestellt können, dass alle, die als Praktiker aus den Grundschulen und Kindergärten teilnahmen, bereit seien, ihr Bestes zu geben. Das reiche aber nicht. Vorhandene Probleme können nicht durch weitere Arbeitsverdichtung bei Fachkräften und Lehrern gelöst werden. Bund und Land müssen Gelder in die Hand nehmen und benachteiligte Städte wie Gelsenkirchen besonders fördern.

WAZ 24.10.2014

Islamunterricht

„Der Islamunterricht ist eine sunnitische Veranstaltung.“

Unter diesem Titel veröffentlicht der Wissenschaftler und Religionspädagoge Abdel-Hakim Ourghi seinen Beitrag in der FAZ vom 9.10.2014. Er kritisiert, dass zwar Schiiten islamische Theologie studieren dürfen, nicht jedoch Lehrer werden können. Er fordert für die Muslime in Deutschland einen europäischen Islam im westlichen Kontext, frei von den Einflüssen türkischer Islamverbände.

In seinem Aufsatz arbeitet der Autor speziell die Intentionen der Türkischen Religionsbehörde DITIB auf die Interessen des Türkischen Staates bei den Inhalten des Studiums sowie bei der Auswahl der ausgebildeten Religionslehrer nimmt.

Den ganzen Aufsatz finden Sie unter dem angegebenen Link im Netz.

http://www.gew-online.de/dms_extern/download.php?id=233535

Mrosek

Ein hervorragender ägyptischer Vorschlag

Von Dr. Tilman Tarach

Um das sog. palästinensische Flüchtlingsproblem ein für alle mal zu beenden, hat Ägypten den Palästinensern Land im Sinai angeboten, das an den Gazastreifen angrenzt und fast fünf mal so groß ist wie dieser. Gaza könnte also etwa so aussehen, wie die nachfolgende Karte es zeigt.

Ein schöner Küstenstreifen, der Touristen aus den Ölstaaten, aus Europa und bald auch aus Israel anziehen könnte. Zudem die Möglichkeit, einen Freihandelsafen zu errichten. Würde der ewige Krieg gegen Israel endlich aufgegeben, Gaza hätte die besten Voraussetzungen, eine Art Singapur des Nahen Ostens zu werden.



Doch die palästinensische Seite lehnte ab, denn Israel war und bleibt das Land, das im Visier ist. Man sollte dies nicht vergessen, wenn wieder einmal von Gaza als dem „größten Freiluftgefängnis der Welt“ oder vom Elend der palästinensischen Flüchtlinge die Rede ist. Wieder einmal wird von den palästinensischen Despoten auf Kosten der Palästinenser der Konflikt am Leben gehalten.

Die palästinensische Seite möchte offensichtlich keinen eigenen Staat, sie möchte nicht an der Seite Israels leben, sondern an dessen Stelle.

Quelle: AchGut 9/14

Das Orakel von Osnabrück

Der nette Osnabrücker, der vor kurzem Dieter Nuhr wegen Religionsbeschimpfung angezeigt hat, hat nicht nur viel Sinn für Humor, er macht sich auch Gedanken über Israel. Auf seiner FB-Seite postet er: Ihr verdammten Israelis. Ich freue mich auf den Tag, an dem wir euch ins Meer treiben werden, ihr Hunde. Nieder mit Israel. Aber vielleicht meint er es gar nicht so. ...

Henryk M. Broder

Quelle: Achse des Guten 15.11.14

Kommentar:

Möge er mit seinem unfrohen Wunsch genau so scheitern, wie mit seiner Anklage.

Mrosek



SI statt IS Henryk M. Broder

Die Auseinandersetzungen um den sogenannten Islamischen Staat (IS) haben inzwischen auch die Bundesrepublik erreicht. Über 400 Deutsche sollen in den Reihen der schwarz gewandeten Säbelrassler mitkämpfen. Was den Behörden Sorgen macht, ist die Frage: "Was machen wir mit den Heimkehrern?" Um sie einzusperren, dazu fehlt die gesetzliche Grundlage. Die Teilnahme an Trainingscamps, in denen Bombenbasteln und Kopfab schneiden geübt wird, ist ebenso straffrei wie der Aufenthalt in einem Club Med. Man kann Menschen, die einen deutschen Pass haben, die Einreise nach Deutschland nicht verweigern.

Soll man jedem einen Sozialarbeiter an die Seite stellen? Ein Praktikum an einem städtischen Theater anbieten, wo er seine Traumata kreativ verarbeiten kann? Oder hoffen, dass er aus eigener Kraft wieder Anschluss an eine Gesellschaft findet, die auch den Terroristen der Rote-Armee-Fraktion (RAF) längst vergeben hat?

In die hochkomplexe Debatte hat sich nun die Generalsekretärin der SPD, Yasmin Fahimi, konstruktiv eingeschaltet. Der Islamische Staat soll nicht mehr als «radikal-islamisch» bezeichnet werden. «Dies ist eine Zuweisung, welche die Muslime hier in Deutschland in ihrer Ehre berührt.» Wer diese Terroristen als Vertreter der islamischen Religion darstelle, beleidige die Muslime, warnte die Generalsekretärin der SPD.

Das ist eine durchaus nachvollziehbare Überlegung. Niemand möchte als «radikal-sozialdemokratisch» diffamiert werden, nur weil er (oder sie) das «Godesberger Programm» der SPD gerahmt und an die Wand genagelt hat. Im Falle des Islamischen Staats freilich liegen die Dinge ein wenig anders. Die Truppe nennt sich nun mal selbst so, und es gibt gewisse Anzeichen dafür, dass sie den Islam auf die Spitze treibt, ideologisch wie auch praktisch.

Wenn das, was der Islamische Staat praktiziert, nicht «radikal-islamisch» ist, was ist es dann? Radikal-humanistisch? Radikal-pazifistisch? Radikal-ökologisch? Allein mit Wortklaubereien ist das Problem nicht zu lösen. Yasmin Fahimi müsste schon ein wenig mehr tun: beim Islamischen Staat vorstellig werden und ihm die Aufnahme in die Sozialistische Internationale anbieten. SI statt IS. Klingt doch gleich viel besser.

Erschienen in der Weltwoche vom 11.9.14

Gefunden im Blog „Achse des Guten“

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

Bildungspolitik in NRW – ernüchternde Zwischenbilanz

(Bochumer Memorandum 2010 - 2015)



Trotz punktueller Verbesserungen setzt sich die soziale Schiefelage im Bildungswesen fort. Nur in wenigen Bildungsbereichen gibt es erfreuliche Fortschritte zu berichten, während anderswo Stillstand zu verzeichnen ist oder sogar Verschlechterungen zu beobachten sind. Diese ernüchternde Bilanz ziehen Wissenschaftler in einer von DGB und GEW in Auftrag gegebenen Studie zur Zwischenbilanz der Bildungspolitik in NRW.

An Hand von zehn Indikatoren untersuchten Prof. Dr. Gabriele Bellenberg und Prof. Dr. Christian Reintjes, ob die Landesregierung ihre Reformvorhaben in der Bildung - von der Kita über Schule und Hochschule, von der Berufsausbildung bis zum lebenslangen Lernen in der Erwachsenenbildung - auch wirklich effektiv umsetzt.

Zu den positiven Entwicklungen zählen u. a. der Ausbau der KITA-Plätze für unter dreijährige Kinder, die Anzahl Jugendlicher, die einen mittleren Schulabschluss erlangen sowie die Anzahl der Hochschulabsolventen. Zu den kritischen Ergebnissen zählen u. a. die hohe Sitzenbleiberquote an Hauptschulen, die große Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss, der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung, sowie die Ausbildungsplatzsituation.

Die Zwischenbilanz:

http://www.gew-nrw.de/fileadmin/download/Veranstaltungen_Termine/Memo_2014/Memo_ZB_2014.pdf

Die ‚schwarze Null‘ und kein bildungspolitischer Gestaltungswille – der Bundeshaushalt

Die GEW ist vom Bundeshaushalt 2015 enttäuscht. „Der Bildungsetat gibt keinen Anlass zum Jubeln. Das vermeintliche Rekordniveau verdeckt, dass der Bund bildungspolitisch nichts mehr gestaltet“, so GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

„Mit der Aufstockung des Hochschulpaktes wird lediglich der Zuwachs der Studierendenzahlen nachvollzogen. Dadurch, dass der Bund das BAföG jetzt allein finanziert, fließt kein Cent zusätzlich ins Bildungssystem.“ Einige Länder nutzten die Entlastung beim BAföG lediglich, um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Tepe bemängelte den fehlenden Gestaltungswillen des Bundes: „Für den Ausbau des schulischen

Ganztagsangebots, der Schulsozialarbeit und eines inklusiven Bildungswesens wird nichts getan. Auch für den qualitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung fehlt das Geld.“ Mehr BAföG bekämen die Studierenden – nach sechs echten Nullrunden – erst Ende 2016. Zudem seien mehr Mittel für Programme zur Sprachförderung an Kitas, eine zweite Chance für die rund 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten und zusätzliche Bildungsangebote für Flüchtlinge dringend notwendig.

Pressemitteilung der GEW:

http://www.gew.de/GEW_Kein_Gestaltungswille.html

DGB: ‚Schwarze Null‘ im Bundeshaushalt schadet Arbeitslosen: <http://www.dgb.de/presse/++co++6dacbaf2-762c-11e4-817e-52540023ef1a>

Gewerkschaftliche Fachtagung Friedenspolitik: Syrien, Ukraine, Gaza – Konflikte gewaltfrei lösen!

Wie sieht eine gewaltfreie Konfliktlösung in Anbetracht der aktuell brennenden Krisenherde aus? Welche Rolle spielt die neue deutsche Sicherheits- und Außenpolitik? Und wie lassen sich die komplexen Hintergründe erfassen und in den Unterricht übertragen?

Auf einer Friedenspolitischen Fachtagung von DGB NRW, DGB Bildungswerk NRW und GEW NRW treten Journalistinnen, FriedensforscherInnen, GewerkschafterInnen, PolitikerInnen und PädagogInnen in den Dialog, um die Ursachen zu verstehen, Werkzeuge der Konfliktanalyse auszuprobieren und mögliche Antworten zu finden.

Unter anderem mit dabei Andreas Zumann, Journalist und Korrespondent der taz, Prof. Dr. Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler, Prof. Dr. Hajo Schmidt, Friedensforscher und Dr. Rolf Mützenich, MdB SPD.

Termin ist der 5. und 6. Februar 2015; Tagungsort ist Duisburg.

Infos im Netz: <http://www.dgb-bildungswerk-nrw.de/seminare/seminareinkooperationmitgewerkschaften/gew/fachtagung-friedenspoliti>



verantwortl.i.S.d.P.:

Karl-Heinz Mrosek
GEW-Stadtverband Gelsenkirchen

Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

Impressum

Herausgeber:
GEW-Stadtverband
Gelsenkirchen
Essener Straße 88,
45899 Gelsenkirchen
Redakteur:
Karl-Heinz Mrosek

Layout: Steinchen
Druck:
Firma Blömeke SRS GmbH
Resser Straße 59,
44653 Herne
Auflage: 4.200 Exemplare

Buchbesprechung

Christoph Butterwegge:

Hartz IV und die Folgen.

Auf dem Weg in eine andere Republik?



Beltz-Verlag, Weinheim 2014, 16,95 Euro Anfang 2015 ist „Hartz IV“ zehn Jahre in Kraft. Der daraus resultierende Abbau sozialer Leistungen gilt hierzulande als tiefste Zäsur in der Entwicklung des Sozialstaates nach 1945. Eine für Millionen Menschen in Deutschland wichtige Lohnersatzleistung, die Arbeitslosenhilfe, wurde faktisch abgeschafft und durch eine Fürsorgeleistung, das Arbeitslosengeld II, ersetzt. Zehn Jahre nach der Einführung zieht der Armutsforscher Christoph Butterwegge Bilanz. Er untermauert: Durch Hartz IV ist Deutschland zu einer anderen Republik geworden.

Beltz-Verlag, Weinheim 2014, 16,95 Euro

GEW: „Eingriffe ins Streikrecht programmiert Verfassungskonforme Lösung nicht in Sicht“

Bildungsgewerkschaft zum Entwurf eines Tarifeinheitsgesetzes



GEW-Vorsitzende Marlis Tepe

Frankfurt a.M. – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hält den Referententwurf eines Tarifeinheitsgesetzes für nicht geeignet, das politische Ziel „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ zu erreichen. Dazu erklärte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am Dienstag, dem 18.11.2014 in Frankfurt a.M.:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) weist in seiner Stellungnahme ausdrücklich darauf hin, dass eine Reihe von DGB-Gewerkschaften mit dem Entwurf nicht einverstanden ist. In einer Presseerklärung der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe vom 18. November heißt es:

„Die GEW lehnt den Entwurf der Bundesregierung ab. Der Gesetzentwurf programmiert Eingriffe in das Streikrecht vor. Das ist verfassungsrechtlich bedenklich, auch wenn diese auf die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte verlagert werden. Der Entwurf widerspricht zudem dem Grundsatz, dass jegliche Eingriffe in das Streikrecht oder die Tarifautonomie abzulehnen sind.“

Tepe warnte zugleich vor unerwünschten Folgen des Gesetzentwurfes:

„Es droht ein regelrechter Tarifwettlauf in den Betrieben und Verwaltungen. Durch Mitgliedschaftswechsel könnte dieser angeheizt und beschleunigt werden. Aufgrund zufälliger Mehrheiten könnten Betriebe und Verwaltungen aus den Flächentarifverträgen herausgebrochen werden. Das ist das Gegenteil dessen, was die Bundesregierung erreichen will. Wir brauchen mehr Solidarität in den Betrieben und eine höhere Tarifbindung der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft.“

Mrosek



Gewerkschaften zur Energiewende: Für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze!

Der DGB und sieben Einzelgewerkschaften richten mit der gemeinsamen Unterschriftenaktion „Für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze!“ Forderungen zum zentralen Thema Energiewende an die Politik: „Wir wollen eine Energiewende ohne Arbeitsplatzrisiko und politische Preistreiberei. Wir wollen eine Energiewende mit Wachstum und Klimaschutz.“Jetzt unterzeichnen!

Der Text der Unterschriftenliste: „Ich fordere Sie auf: Sorgen Sie für eine Energiewende mit einem wirtschaftlichen, innovativen und sozialverträglichen Energiemix aus erneuerbaren Energien, Kohle und Gas. Sorgen Sie für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze!“

Infos zur Aktion, dem Aufruf und der Möglichkeit zur Online-Unterschrift:

<http://www.dgb.de/extra/unterschriftenaktion>

25 und 40 Jahre Mitglied der GEW Jubilarehrung am 14.11.2013 im Consol Theater



Fotos: Steinchen

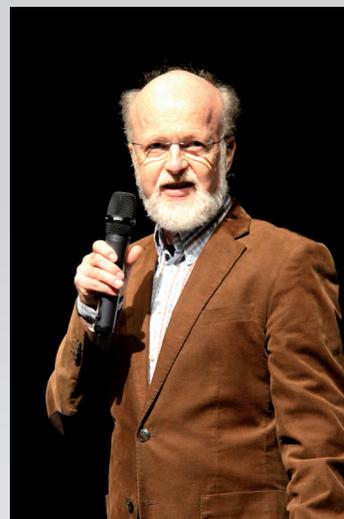
Gehrt wurden folgende Jubilare:

25 Jahre: Gisela Bartella, Elisabeth Broeckmann, Ursula Peterwitz, Annette Schimanski, Angelika Weber, Marion Zurkowski, Peter Hamme und Bärbel Schlebach



40 Jahre: Eckart Kuke, Reinhard Parchetta, Dorothea Püttmann, Heide-Marie Reuter-Biehling, Ulrich Schumacher, Bärbel Schwier-Seiler, Stephan Schroeder und Ulrike Muntenbeck-Tullney

Besondere Jubilarehrung 50 Jahre GEW



Klaus Berg

seit 50 Jahren ist er der Gewerkschaftsbegegnung in Treue und Solidarität verbunden.



Die GEW wünscht allen Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches Neues Jahr.

**Sie möchten Mitglied werden bei der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft werden?**

Das ist eine gute Entscheidung!

Antrag auf Mitgliedschaft im Netz unter www.gew.de/Mitgliedsantrag.html
oder in unserer Geschäftsstelle
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 513759
Fax: 0209 514207 E-Mail: gew-ge@gmx.de

GEW